

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	22.07.2021	öffentlich	Bericht

Betreff:

Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für die Elektromobilität

hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.01.2020

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.05.2020

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.11.2020

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.12.2020

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.01.2020

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.05.2020

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.11.2020

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.12.2020

Ausführlicher Sachverhalt

Bericht:

In Nürnberg werden, wie bundesweit, immer mehr elektrisch betriebene Fahrzeuge zugelassen. Ein wichtiges Kriterium für die Anschaffung eines solchen Fahrzeugs ist die zuverlässige Verfügbarkeit von Ladesäulen.

Der Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung möchte den Ausbau von öffentlichen sowie privaten Lademöglichkeiten unterstützen. Im Bericht werden die kommunalen Belange im Masterplan zusammengefasst und über die bisherige Ausbaustrategie für öffentliche Ladeinfrastruktur berichtet.

Durch die Novellierung des Wohnungseigentumsgesetzes sowie das neue Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz wird die Schaffung von Lademöglichkeiten auf Privatflächen erleichtert. Private und teilöffentliche Flächen müssen ebenfalls zum Ausbau von Ladeinfrastruktur beitragen.

Zudem wird auf die Frage nach den Auswirkungen der zunehmenden Ladetätigkeiten auf das Stromverteilnetz eingegangen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☒ Nein
☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☒ **N-ERGIE**
☒ **WBG**
☐

